

## Antrag

**der Abgeordneten Dr. Julia Verlinden, Dr. Valerie Wilms, Oliver Krischer, Claudia Roth (Augsburg), Annalena Baerbock, Bärbel Höhn, Jürgen Trittin, Katja Dörner, Harald Ebner, Matthias Gastel, Kai Gehring, Anja Hajduk, Dieter Janecek, Uwe Kekeritz, Sven Christian Kindler, Sylvia Kotting-Uhl, Stephan Kühn (Dresden), Christian Kühn (Tübingen), Steffi Lemke, Dr. Tobias Lindner, Nicole Maisch, Peter Meiwald, Beate Müller-Gemmeke, Dr. Konstantin von Notz, Omid Nouripour, Friedrich Ostendorff, Brigitte Pothmer, Tabea Rößner, Elisabeth Scharfenberg, Ulle Schauws, Dr. Gerhard Schick, Dr. Frithjof Schmidt, Kordula Schulz-Asche, Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn, Markus Tressel und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

### **UN-Nachhaltigkeitsziel 7 in Deutschland schon jetzt umsetzen – Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher, nachhaltiger und zeitgemäßer Energie für alle sichern**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Im Gipfeljahr 2015 haben wir die Chance, einen echten Durchbruch für Klimaschutz und globale Gerechtigkeit zu erreichen. In einer Zeit, in der weltweit Millionen von Menschen gezwungen sind, ihre Heimat zu verlassen, hängen Hunger, gewaltsame Konflikte, Verlust der Biodiversität, Klimakrise, Armuts- und Ressourcenkrisen eng zusammen, globale Gerechtigkeit und Klimaschutz lassen sich nicht getrennt voneinander erreichen. Die Ergebnisse der Verhandlungen bei den Vereinten Nationen in New York für globale Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals) werden zusammen mit den Verhandlungen um ein neues Klimaabkommen in Paris für die kommenden Jahrzehnte die internationale, europäische und deutsche Politik prägen. Sie sind entscheidend für die Frage, ob wir endlich die Chance für eine nachhaltige und gute Zukunft für alle nutzen wollen.

Eine nachhaltige Entwicklung, der Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen und echter Klimaschutz können global nur dann erreicht werden, wenn alle damit bei sich zu Hause anfangen. Deutschland ist von echter Nachhaltigkeit noch weit entfernt und hat zugleich als führendes Industrieland in der EU eine besondere Verantwortung. Für einen Aufbruch in nachhaltiges Leben und Wirtschaften fordert der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auf, sich für Politikkohärenz im Sinne von Frieden, Demokratie und einer menschenrechtsbasierten nachhalti-

gen Entwicklung einzusetzen, wofür es eine bessere ressortübergreifende Abstimmung braucht. Zudem muss die Bundesregierung für jedes der von den Vereinten Nationen vorgelegten 17 Nachhaltigkeitsziele entsprechende Maßnahmen zur Umsetzung gerade auch in Deutschland und innerhalb der EU ergreifen.

#### UN-Nachhaltigkeitsziel 7 in Deutschland umsetzen

Mit dem UN-Nachhaltigkeitsziel 7 zur Sicherung des Zugangs zu bezahlbarer, verlässlicher, nachhaltiger und zeitgemäßer Energie greifen die UN eine Debatte auf, die auch in Deutschland seit langer Zeit intensiv geführt wird und zu beachtlichen Veränderungen, insbesondere im Rahmen der Energiewende, geführt hat und weiterhin führen wird.

Die Energiewende ist aber nur dann erfolgreich, wenn es gelingt, die hohen Energiesparpotentiale auszuschöpfen und möglichst schnell auf eine vollständige Versorgung aus erneuerbaren Energien umzusteigen. Das muss zu dauerhaft bezahlbaren Preisen und unter Wahrung der Versorgungssicherheit erreicht werden. Dieses Ziel ist am effektivsten durch einen reformierten und flexibleren Energiemarkt unter Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger als Erzeuger und Nutzer („Prosumer“) von Energie zu erreichen.

Diese Perspektive wird bislang aber noch vielfach negiert und die Schaffung der erforderlichen Rahmenbedingungen wird behindert. So hat die EU-Kommission gerade massive Subventionen für den Bau neuer Atomkraftwerke genehmigt und in Deutschland zögert die Bundesregierung den für die Erreichung der Klimaziele unverzichtbaren Einstieg in den Kohleausstieg hinaus. Dazu kommt eine ungerechte Verteilung der Kosten durch überbordende Industrieprivilegien zu Lasten von Privathaushalten und Mittelstand sowie ein Versagen im Wärmebereich. Hier steigt weder der Einsatz erneuerbarer Energien noch werden ausreichend Einsparmaßnahmen umgesetzt. Damit entstehen für Energieverbraucher unnötig hohe Kosten, die immer mehr Haushalte mit geringem Einkommen überfordern.

Bei der internationalen Zusammenarbeit gibt es deutliche Unterschiede zwischen dem Reden und dem Handeln der Bundesregierung. So unterstützt Deutschland innerhalb Europas eine im Wesentlichen auf fossilen, teurer werdenden Energien basierende Energieunion. Und selbst die internationale Förderung von klimaschädlichen Kohlekraftwerke über die bundeseigene KfW wurde – im Gegensatz zu den Entwicklungsbanken anderer Staaten – nicht vollständig beendet. Seine Vorreiterrolle für den Klimaschutz hat Deutschland damit verloren.

#### II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. den ökologischen Umbau der Energieversorgung zu forcieren und die schnellstmögliche hundertprozentige Umstellung auf erneuerbare Energien bei der Stromversorgung anzustreben, u. a. durch einen Kohleausstieg, intensivere Nutzung der Kraft-Wärme-Kopplung, einen schnelleren Ausbau erneuerbarer Energien sowie eine faire Verteilung der entstehenden Kosten und Nutzen;
2. den Wärmemarkt zu reformieren durch den verstärkten Einsatz erneuerbarer Energien, um so das Innovationspotenzial bei der kostengünstigen, umweltfreundlichen und erneuerbaren Wärmeversorgung wirksam anzureizen;
3. den Energieverbrauch insgesamt zu reduzieren, indem sowohl ambitionierte Stromsparmaßnahmen im privaten, öffentlichen und gewerblichen Sektor als auch die energetische Sanierung des Gebäudebestands stärker und zielgenauer umgesetzt werden, etwa durch eine stadtteilbezogene Umsetzung unter

Einbeziehung betroffener Mieter und Eigentümer sowie die Einführung eines Klimawohngelds für einkommensschwache Haushalte, um die Sanierungsquote auf 3 Prozent pro Jahr sozialverträglich zu erhöhen;

4. KfW-Kredite ebenso wie Hermesbürgschaften nicht länger für Projekte zur Nutzung von Kohle und anderen fossilen Energieträgern zu gewähren, sondern ausschließlich für Energieeinsparprojekte und Energieeffizienzmaßnahmen sowie die möglichst dezentrale Nutzung und Erzeugung von regenerativen Energien;
5. eine Energieaußenpolitik zu entwickeln und umzusetzen, die auf globaler Ebene die Abkehr von Atomkraft und fossilen Energien fördert, sich konsequent am 2-Grad-Limit orientiert und einen für alle Menschen bezahlbaren Einsatz von erneuerbaren Energien weltweit konsequent stärkt.

Berlin, den 22. September 2015

**Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion**

